

Niederschrift

über die Sitzung des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt und Sicherheit - öffentlich -

Datum: 09.12.2020
Ort: Stadtverordnetensaal des Rathauses, Markt 1, 09111 Chemnitz
Zeit: 16:34 Uhr - 17:14 Uhr
Vorsitz: Herr Bürgermeister Miko Runkel

Beschlussfähigkeit

Soll: 13 Stadträtinnen/Stadträte
Ist: 10 Stadträtinnen/Stadträte

Anwesenheit

Entschuldigt

Herr Sven Bader	AfD-Stadtratsfraktion	dienstlich
Herr Klaus Bartl	Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/ Die PARTEI	dienstlich
Herr Renzo Di Leo	CDU-Ratsfraktion	dienstlich
Herr Dr. Dieter Füsslein	FDP-Fraktion	dienstlich
Herr Robert Kempe	sachkundiger Einwohner	privat
Frau Sophie Pojar	sachkundiger Einwohner	privat
Herr Thomas Trost	sachkundiger Einwohner	privat
Fr. Manuela Tschök-Engelhardt	Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	dienstlich

Unentschuldigt

Herr Wolfgang Günther	sachkundiger Einwohner
Herr Karl Martin Kohlmann	Ratsfraktion PRO CHEMNITZ

Ausschussmitglieder

Herr Alexander Gerwitz	sachkundiger Einwohner
Herr Kai Hähner	CDU-Ratsfraktion
Herr Falk Müller	AfD-Stadtratsfraktion
Herr Jürgen Renz	SPD-Fraktion
Herr Toni Rotter	Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
Herr Thomas Scherzberg	Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/ Die PARTEI
Herr Michael Specht	CDU-Ratsfraktion
Herr Jörg Vieweg	SPD-Fraktion

stellv. Ausschussmitglieder

Herr Dietmar Berger	Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/ Die PARTEI	Vertretung für Herrn Klaus Bartl
Herr Otto Günter Boden	AfD-Stadtratsfraktion	Vertretung für Herrn Sven Bader

Herr Bernhard Herrmann

Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN

Vertretung für Frau
Manuela Tschök-
Engelhardt

Bedienstete der Stadtverwaltung

Frau Carina Kühnel

Abteilungsleiterin, Umweltamt

Gäste

Herr Mathias Kunze

Petent; Wohnungsbaugenossenschaft Chemnitz-Helbersdorf eG (WCH)

Herr Jürgen Mädler

Petent; Allianz aus Bürgerinitiativen gegen den zunehmenden Transitverkehr durch Chemnitz

Schriftführerin

Frau Katrin Neumann

Bürgermeisteramt, Sitzungsdienst

- 1 Eröffnung, Begrüßung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
-

Der **Ausschussvorsitzende Herr Bürgermeister Runkel** eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden. Er stellt die ordnungs- und fristgemäße Ladung zur Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Er weist darauf hin, dass das Tragen eines Mund- und Nasenschutzes während der gesamten Sitzungszeit für alle Teilnehmer verpflichtend ist, mit Ausnahme der Personen, welcher das Rederecht erteilt wird.

Herr Stadtrat Herrman bittet darum, zu informieren, wie bei Nichteinhaltung des Mund- und Nasenschutzes umgegangen werde.

Herr Bürgermeister Runkel sagt, er habe eingangs auf § 3 Abs. 1 Ziffer 11 i. V. m. § 2 Abs. 5 SächsCorona-Schutz-VO hingewiesen. Die Nichteinhaltung der Umsetzung sei eine Ordnungswidrigkeit, die Verantwortlichkeit liege bei der Bußgeldstelle.

- 2 Feststellung der Tagesordnung
-

Es liegen keine Anträge zur Änderung der Tagesordnung vor. Die Tagesordnung ist somit festgestellt.

- 3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschriften der Sitzung des Ausschusses für Klimaschutz und Sicherheit - öffentlich - vom 16.09.2020, 07.10.2020 und 03.11.2020
-

Es liegen keine Einwendungen zur Niederschrift vom 16.09.2020 vor. Die Niederschrift gilt somit als genehmigt.

Es liegen keine Einwendungen zur Niederschrift vom 07.10.2020 vor. Die Niederschrift gilt somit als genehmigt.

Über Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung am 03.11.2020 kann aus Fristgründen nicht entschieden werden.

4 Petitionsvorlage an den Stadtrat

Lärmschutzmaßnahmen für die im Bereich des Chemnitzer Südrings betroffenen Wohngebiete der Wohnungsbaugenossenschaft Chemnitz-Helbersdorf eG
Vorlage: P-009/2020 Einreicher: Wohnungsbaugenossenschaft Chemnitz-Helbersdorf eG und 151 Unterzeichner

Frau Kühnel (Abteilungsleiterin Umweltamt) führt aus, die Verwaltung habe Stellung bezogen, da der Südring seit Jahren Gegenstand von berechtigten Bürgerbeschwerden ist. Die Stadtverwaltung hat 2015 im Rahmen der Lärmaktionsplanung eine Schalltechnische Sonderuntersuchung zum Südring in Auftrag gegeben, um die Möglichkeiten für Lärminderungsplanung zu untersuchen und das Kosten-Nutzen-Verhältnis zu ermitteln. Im Ergebnis stellte sich eine Kombination von lärmarmem Asphalt und einer Geschwindigkeitsreduzierung von Tempo 70 auf 50 als das wirksamste Mittel dar. Bisher wurden lärmarme Beläge eingebaut, erstmals 2009 im Rahmen des Konjunkturprogramms 2. Die Maßnahmen werden 2021 fortgesetzt. Die Geschwindigkeitsreduzierung ist bisher nicht erfolgt, da hier verkehrsrechtliche Belange dagegenstehen. So werden die hohen Schwellenwerte von 70 dB(A) tags/60 dB(A) nachts nicht erreicht.

Der Stadtverwaltung ist jedoch bewusst, dass dieser Abschnitt des Südrings ein erhebliches Problem darstellt und arbeitet weiter an einer Lösung. Die Lärmkartierung und der Lärmaktionsplan werden ab 2021 bis 2023 fortgeschrieben. Es erfolge regelmäßiges Monitoring, dies ist als Pflichtaufgabe in die Planung eingebunden.

Herr Stadtrat Vieweg fragt, welche Auswirkungen das 2018 durch die Wohnungsgenossenschaft Helbersdorf erstellte Gutachten der Fa. Ingenieurbüro für Lärmschutz Förster & Wolgast GbR, habe und ob dieses möglicherweise die Grundlage bilde für Entscheidungen hinsichtlich des Lärmaktionsplanes.

Frau Kühnel antwortet, dass alle vorliegenden Gutachten bekannt sind und die Daten in den Abwägungs- und Entscheidungsprozess einfließen. Es mangle nicht an Erkenntnissen, aber es sei aus den bisher genannten Gründen schwierig, alle Maßnahmen umzusetzen.

Herr Stadtrat Berger sagt, er habe den Eindruck, dass die Verwaltung mit den fünf abgehandelten Punkten sehr unsensibel umgeht. Finanziell gesehen, sei davon auszugehen, dass die Schallschutzwände nicht innerhalb der Haushaltsjahre 2021/2022 realisiert werden können. Der Umgang der Verwaltung zu dieser Petition sei politisch falsch, da hinsichtlich des realisierten Lärmschutzes an der Zschopauer Straße und dem geforderten Lärmschutz am Südring zum gleichen Thema mit zweierlei Maß gemessen werde. Sowohl an der Zschopauer Straße als auch am Südring wurden die Häuser vor der Schnellstraße gebaut.

Frau Kühnel antwortet, dass dies unzutreffend ist. Der Südring sei, wie andere Hauptverkehrsstraßen permanent Gegenstand der Arbeit. Für eine Lärmreduzierung bei bestehenden Straßen gebe es rechtlich gesehen, kaum Handlungsmöglichkeiten. Der Lärmaktionsplan lege die Prioritäten nach dem Maß der Betroffenheit fest.

Herr Bürgermeister Runkel sagt, er könne nicht bestätigen, dass mit zweierlei Maß gemessen werde, die Kartierung zu den Lärmaktionsplänen erfolge flächende-

ckend nach gleichen Kriterien über das gesamte Stadtgebiet. Basierend auf die tatsächliche Belastung, werden gegebenenfalls Empfehlungen gegeben und dem Ermessen nach Möglichkeiten zur Umsetzung gesucht.

Herr Stadtrat Herrmann schließt sich inhaltlich weitgehend Herrn Stadtrat Berger an und erstrebe Lärmschutzmaßnahmen unabhängig vom Stadtteil. Er bittet um eine punktweise Abstimmung und darum der Petition teilweise Abhilfe zu schaffen mit einer noch folgenden Studie. Punkt 2 und Punkt 4 befinden sich in der Abarbeitung. Weiter bittet er um das Rederecht für die Petenten. Die Geschwindigkeitsreduzierung zu Punkt 5, wurde bereits aufgenommen. Im Ausschuss für Stadtentwicklung und Mobilität wurde der Kompromiss geschlossen, den Durchgangsverkehr der LKWs in einer Studie zu prüfen, da von diesen der größte Lärm erzeugt werde. Er bittet mit Punkt 3 so zu verfahren und der Petition teilweise Abhilfe zu stellen. Der Bestandschutz werde dort massiv überdehnt.

Herr Stadtrat Boden sagt, der Flüsterasphalt der neuen Strecken erfülle nicht die Nacht-Werte. Flüsterasphalt ist in der Herstellung extrem aufwändig und teuer und bei der Abnutzung ist die Verkehrsbelastung entscheidend. Anderenorts wurden stattdessen bereits neue Lärmschutzwände erreicht, was Bestandteil des Bundesverkehrswegeplanes sei. Der Verkehr von Tschechien wird im erheblichen Maße zunehmen. Die einzige Art Abhilfe der Lärmbelastung zu schaffen, sei der Bau von neuartigen Lärmschutzwänden mit Mitteln des Staates.

Frau Kühnel antwortet, es sei bekannt, dass die Lärminderungswirkung über die Jahre nachlasse und nach einigen Jahren ein Austausch des Belages erforderlich werde. Die Stadt Chemnitz nimmt dazu an einem Messprogramm teil, um diese Wirkungen zu dokumentieren.

Herr Stadtrat Vieweg beantragt das Rederecht der Petenten und vor der punktweisen Abstimmung über das Ergebnis des Ausschusses für Stadtentwicklung und Mobilität zu sprechen.

Herr Bürgermeister Runkel stimmt der punktweisen Abstimmung, analog zur Abstimmung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Mobilität, zu. Er bittet zur Abstimmung für das Rederecht der Petenten. Alle Mitglieder sind einverstanden.

Herr Kunze (Petent; Wohnungsbaugenossenschaft Chemnitz-Helbersdorf eG (WCH)) führt aus, dass u.a. mit Fördermitteln der Sächsischen Aufbaubank viel investiert wurde, um das Leben dort lebenswert und schön zu gestalten. Lediglich das Thema Lärm, insbesondere die Lärmbelastung in den Nachtstunden, stelle noch immer ein großes Problem dar. Mieter und Mitglieder der WCH fragen sich, warum am Überflieger an Garagen 4 m hohe Wände errichtet wurden, aber am Südring nichts getan werde. Die Lärmbelastung am Südrings sei ein sozialpolitisches Thema, welches viele tausend Bürger aus Chemnitz und anderen Gebieten betreffe. Die insbesondere durch den LKW-Verkehr verursachte Lärmbelastung gebe es praktisch rund um die Uhr. Die WCH ist gern bereit sich finanziell an einer Studie zur Lärmreduzierung zu beteiligen, aber auch der Freistaat Sachsen müsse sich beteiligen.

Herr Mädler (Petent; Allianz aus Bürgerinitiativen gegen den zunehmenden Transitverkehr durch Chemnitz) ergänzt, dass der Verkehr aus gesamt Osteuropa teilweise autobahnähnlich durch das Erzgebirge bis nach Chemnitz mäandert. Die Ortsumfahrungen Reitzenhain und Hohndorf sind im vordringlichen Bedarf und

werden derzeit geplant. Um auf die A72 oder die A4 zu gelangen müsse der gesamte Verkehr durch Chemnitz. Der bestätigte Landesverkehrsplan 2030 weist ein Plus 56% zwischen Tschechien und Sachsen aus. Befürwortet werde eine Geschwindigkeitsreduzierung auf Tempo 50, noch mehr bringen würde ein Nachtfahrverbot.

Herr Bürgermeister Runkel bittet zur punktweisen Abstimmung.

Herr Stadtrat Vieweg fragt, ob sich an dem Votum des Ausschusses für Stadtentwicklung und Mobilität orientieren werden könne.

Herr Bürgermeister Runkel verneint dies.

Herr Stadtrat Vieweg möchte einen Vorschlag zur Änderung der einzelnen Punkte machen und diese zur Diskussion stellen.

Herr Stadtrat Scherzberg reicht folgenden Änderungsantrag ein:

zu Punkt 1:

teilweise Abhilfe durch: Erarbeitung einer Studie zur Errichtung einer innovativen Lärmschutzwand im Bereich der Einmündung Helbersdorfer Straße bis mindestens zur Dr.-Salvador-Allende-Straße (bewohnter Siedlungsbereich) unter finanzieller Beteiligung der WCH

zu Punkt 3:

teilweise Abhilfe durch: Untersuchung zu regulierende Maßnahmen für den LKW-Durchgangsverkehr, vor allem in den Nachtzeiten

Herr Stadtrat Boden fragt nach, ob es gehe grundsätzlich darum gehe, die Lärmschutzwand zu errichten oder nicht.

Herr Bürgermeister Runkel bestätigt dies, jedoch müsse der gestellte Änderungsantrag berücksichtigt werden. Die Petition sei wie ein Beschlussantrag zu behandeln.

Er bittet zur punktweisen Abstimmung teilweise mit Änderungsantrag.

Punkt 1 zur Abstimmung mit Änderungsantrag

Abstimmungsergebnis: mit Änderungen einstimmig bestätigt
10 Ja-Stimmen

Zu Punkt 2 werde auf Grund der gesetzlichen Verpflichtung nicht abgestimmt.

10 Ja-Stimmen

Punkt 3 Abstimmung mit Änderungsantrag

Abstimmungsergebnis: mit Änderungen mehrheitlich bestätigt
5 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen

Punkt 4

Abstimmungsergebnis mehrheitlich bestätigt
7 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 2 Enthaltungen

Punkt 5

Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
9 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung

Abstimmungsergebnis insgesamt: mit Änderungen mehrheitlich bestätigt

5 Informationsvorlage an den Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Sicherheit

Information zur Umsetzung des Beschlusses BA-023/2016 "Zur-Schau-Stellung"
von Tieren in Chemnitz

Vorlage: I-057/2020

Einreicher: Dezernat 3/Amt 39

Es gibt keine Wortmeldungen.

6 Verschiedenes

6.1 Mündliche Informationen der Verwaltung

Es liegen keine Informationen vor.

6.2 Fragen der Ausschussmitglieder

Herr Stadtrat Rotter sagt, dass es ein vom Innenministerium bestätigtes Gerichts-
urteil zu den stationären Kameras in Leipzig gab. Er fragt, in welcher Richtung die
Stadt Chemnitz dem entsprechend, nachkomme.

Herr Bürgermeister Runkel sagt, er werde dies schriftlich beantworten.

Herr Stadtrat Boden fragt, ob es rechtliche Grundlagen für die Betreiber von Flug-
geräten (Drohnen) gibt. Er beobachte eine Zunahme dessen auf privaten Grundstü-
cken insbesondere im ländlichen Bereich. Es räume Bedenken für weidende Tiere
ein.

Herr Bürgermeister Runkel nimmt die Anfrage mit, zuständig ist das Tiefbauamt.

Herr Stadtrat Vieweg hat folgende Fragen hinsichtlich der Einhaltung von Ordnung
und Sicherheit zum Thema Mund-Nasen-Schutz: erfolge eine Überprüfung auch in
Chemnitz; wie erfolgt die Ansprache der Bürgerinnen und Bürger durch den Ord-
nungsdienst und die Polizei; werden die Maßnahmen zwischen Stadtordnungs-
dienst und Polizei abgestimmt; werden private Sicherheitsdienste zur Einhaltung
des Mund-Nasen-Schutzes einbezogen; wer ist konkret an der Zentralhaltestelle für
die Umsetzung zuständig; erfolgt eine Abstimmung in der Sicherheitspartnerschaft;
wie viele Bußgeldbescheide wurden bisher ausgestellt.

Herr Bürgermeister Runkel antwortet, es ist ein abgestimmtes System zwischen
dem Stadtordnungsdienst und der Polizei. Was die Bestreifung anbelangt, werde
sich, auf Grund der begrenzten Kapazität, auf wichtige Einrichtungen konzentriert.
Im Innenstadtbereich ist im Wesentlichen die Polizei im Einsatz. Es gibt keine flä-
chendeckenden Kontrollen. I.d.R. erfolgen Ansprachen und Ermahnungen. Vom
Stadtordnungsdienst werden täglich 300-500 Ermahnungen pro Tag ausgespro-
chen. Erst bei renitenten Verhalten werden Bußgelder verhängt. Der Einsatz des
Streifendienstes erfolge laut Absprache der Polizei und des Stadtordnungsdienstes.
Für die Kontrolle in den privaten Einrichtungen sind die jeweiligen beauftragten
Security-Unternehmen selbst verantwortlich, diese haben keine hoheitlichen Befug-
nisse. Für die Kontrolle der Zentralhaltestelle ist der Stadtordnungsdienst und die
Polizei im Rahmen ihrer Möglichkeiten zuständig.

Herr Stadtrat Herrmann fragt, ob die derzeitige Bestreifung des Marktes durch die Stadt erfolge und wer kontrolliert, ob sich die dort eingesetzten Sicherheitsleute an die Vorgaben halten.

Herr Bürgermeister Runkel antwortet, die von der Stadt eingesetzten Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes zum Schutz beispielsweise vor Einbruch, haben sich ebenso an die geltenden Regeln zu halten.

7 Bestimmung von zwei Ausschussmitgliedern zur Unterzeichnung der Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt und Sicherheit - öffentlich -

Zur Unterzeichnung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung werden Herr Stadtrat Rotter und Herr Stadtrat Specht bestimmt.

22.12.2020
Datum *Miko Runkel*
Bürgermeister Miko Runkel
Vorsitzender
des Ausschusses

08.01.21
Datum *T. Rotter*
Toni Rotter
Mitglied
des Ausschusses

06.01.21
Datum *M. Specht*
Michael Specht
Mitglied
des Ausschusses

17.12.2020
Datum *Neumann*
Neumann
Schriftführerin